

Bezugspreis:
Wochenblatt 30. — M. monatlich 1.00 — M.
frei ins Haus, portofrei. Post-
bezug: Monatlich 1.00 — M. ein-
zelne Ausgaben 20. — M. Unter-
schreibungsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20. — M. für
das übrige Ausland 25. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Ergebnisse der
„Sozialdemokratischen Partei“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenblätter
kosten 3.50 M. „Kleine Anzeigen“
das halbe Blatt 1.50 M. (zu-
lässig zwei fettgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellengedruckte
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
0.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 1. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zemerkungszulage.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnen
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 8. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Erste Sitzung in Paris.

Die einzelnen Delegationen der Ententemächte zur Konferenz des Obersten Rates sind am Sonnabend und am Sonntag in Paris eingetroffen.

Englands Hauptvertreter sind: Ministerpräsident Lloyd George, Außenminister Lord Curzon und Handelsminister Sir Robert Horne.

Italiens Hauptvertreter sind: Ministerpräsident Bonomi, Außenminister Marchese della Torretta und Finanzminister Soleri.

Amerikas Vertreter ist der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Oberst Harvey.

Japans Vertreter ist der Botschafter in London, Baron Magashi.

Frankreichs Vertreter sind: Ministerpräsident und Außenminister Briand, Minister für die besetzten Gebiete Loucheur und Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen Berthelot.

Die Tagesordnung der Konferenz sollte ursprünglich lediglich die oberschlesische Frage aufweisen. Indessen ist sie nach und nach wie folgt ergänzt worden:

Paris, 7. August. (WB.) Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsverbrecher, die Frage der Herstellung von Ersatzmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs.

Der österreichische Gesandte in Paris soll gestern, wie „Welt Journal“ mitteilt, auf dem Quai d'Orsay gewesen sein, um auf die kritische Lage Oesterreichs hinzuweisen. Nach dem gleichen Blatt ist es noch nicht sicher, ob die albanische Frage auch auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wird. Für die Dauer der Konferenz sind 8 bis 10 Tage vorgesehen.

Sibt Frankreich nach?

Paris, 8. August. (WB.) Havas meldet: Lloyd George hatte gestern Abend Briand zum Essen eingeladen. Das Essen trug einen durchaus stillen Charakter, nur Sir Horne und zwei Sekretäre von Lloyd George waren zugegen. Nach dem Mahl unterhielten sich die beiden Ministerpräsidenten ziemlich lange unter vier Augen. Von dem Inhalt der Unterredung ist natürlich nichts durchgesickert. Heute vormittag wird wegen der späten Ankunft Bonomis keine Sitzung des Obersten Rates stattfinden. Die Sitzung wird erst nachmittags 3 Uhr beginnen, und zwar im Ministerium des Auswärtigen. Heute vormittag wird sich Lloyd George mit den englischen Sachverständigen besprechen, welche an den Arbeiten der mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage des beauftragten Ausschusses beteiligt waren. Havas glaubt weiter feststellen zu können, daß gestern Abend auf englischer Seite anscheinend der Wunsch hervorgetreten sei, durch eine unmittelbare Verständigung eine Annäherung des englisch-französischen Standpunktes über die Teilung Oberschlesiens herbeizuführen, worüber zurzeit noch eine sehr große Meinungsverschiedenheit bestehe.

Die öffentliche Meinung auf beiden Seiten des Kanals wünscht, daß man zu einer Lösung gelange, die die beiderseitigen Forderungen berücksichtige und gleichzeitig Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der Entente cordiale biete. In englischen Konferenzkreisen habe man gestern Abend den Eindruck gewonnen, daß die englischen Vertreter sich an den Standpunkt der Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebietes fest gebunden fühlen und sich dadurch, so sagt Havas weiter, hinter diese im Grundsatze verschanzten, um die Zuteilung des oberschlesischen Industriegebietes mit Ausnahme von Pleß und Rybnik, die an Polen fallen würden, zu fordern. Man hegt in England lebhaftes Bedauern, durch jede andere Lösung in Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen zu schaffen, das für die Zukunft eine Quelle steter Streitigkeiten in Europa sein würde. Auf französischer Seite habe man gleichfalls den Standpunkt der Unteilbarkeit des Industriegebietes vertreten, jedoch zugunsten der Polen. Es habe den Anschein, daß während der Arbeiten der alliierten Sachverständigen die französischen Vertreter diesen Standpunkt hätten fallen lassen, der zu weitgehend sei, und daß sie sich mit der Teilung des Industriegebietes im Verhältnis der abgegebenen Stimmen einverstanden erklärt hätten. Dieses Verfahren würde zu einer Festsetzung einer Grenze führen, die außer einigen Abänderungen zugunsten Polens im wesentlichen der Sforza-Linie entspräche. Das seien die beiden einander gegenüberstehenden Auffassungen. Lloyd George werde den Versuch machen, in persönlichen Besprechungen mit Briand eine Annäherung beider Standpunkte zu ermöglichen. In englischen Konferenzkreisen habe man gestern Abend versichert, die Frage der Entsendung von Verstärkungen werde erst nach Erreichung einer Verständigung über die Grenzlinie behandelt werden. Allem Anschein nach, so sagt Havas weiter, ist man jetzt in allen Kreisen der Konferenz der Ansicht, daß die Zuteilung von Verstär-

kungen nicht mehr so unbedingt geboten ist, wenn nur die Entscheidung bald getroffen wird. Man sei eher geneigt, das vorhandene Kriegsmaterial zu verstärken, über das die Verbändstruppen zurzeit verfügen und Deutschland gegenüber nötigenfalls andere Zwangsmittel zur Anwendung zu bringen, zum Beispiel am linken Rheinufer.

Dieser langen offiziellen Havas-Rede kurzer Sinn ist: Frankreich wird wahrscheinlich in allen Punkten England gegenüber nachgeben müssen, erstens in der Frage der Zuteilung des Industriegebietes, zweitens in der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen. Um aber diesen Rückzug zu maskieren, wird noch am Schluß des Communiqués in sehr kriegerischen Worten von den Zwangsmaßnahmen gesprochen, die nötigenfalls gegen Deutschland — gegen Polen nicht? — getroffen werden müßten. Zuletzt wird noch das „linke Rheinufer“ in diesem Zusammenhang in die Debatte geworfen. Durch dieses lächerliche Säbelraseln soll der brave französische Spieler vom nationalen Bloch beruhigt werden. Und da wir keinerlei Interesse daran haben, daß Briand durch die Clique Poincaré-Tardieu gestürzt werde, wären wir sehr unglücklich, wenn wir uns über diese Rückzugskanonade aufregen würden.

Ueber die zahllosen Pressestimmen, die die verschiedenen Nachrichtenagenturen aus London, Paris und Rom in unverständlicher Ausführlichkeit verbreiten, läßt sich nur, kurz zusammengefaßt, folgendes sagen:

Die englische Presse ermahnt in sehr ernsten Worten Frankreich zur Nachgiebigkeit, um nicht die Entente zu gefährden. Selbst die sonst franzosenfreundlichen und Lloyd Georgefeindlichen „Times“ erinnern Frankreich daran, daß das ganze Britische Reich durch den Mund der englischen Delegierten in Paris sprechen werde.

Die italienische Presse spricht sich durchweg für eine Lösung der oberschlesischen Frage im deutschen Sinne aus. Halbamtlich wird aus Rom die Notwendigkeit einer sofortigen und endgültigen Regelung hervorgehoben, womit der letzte Verlegenheitsvorschlag der Franzosen, das Industriegebiet vorläufig zu „neutralisieren“ nunmehr auch von dieser Seite als abgelehnt betrachtet werden kann.

Die französische Presse dagegen spricht sich nach wie vor im Sinne der polnischen Lösung aus und betrachtet daher die Aussichten der Konferenz recht pessimistisch. Namentlich die rechtsstehenden Blätter (Vertinaux im „Echo de Paris“ und Bainville in der „Action Française“) verurteilen durch die Maßlosigkeit ihrer deutschfeindlichen Sprache die sogenannte öffentliche Meinung Frankreichs noch in letzter Stunde zu Polens Gunsten festzulegen. Wahrscheinlich steckt dahinter auch ein innerpolitisches Manöver der Poincaré-Tardieu-Clique, die ein für Frankreichs bisherigen Standpunkt ungünstiges Konferenzergebnis dazu benutzen möchte, den zu „linksstehenden“ und zu „schlappen“ Briand zu beseitigen.

Die Amsterdamer Internationale in Berlin.

Die Telegraphen-Union meldet aus Paris: Die Amsterdamer Internationale hat beschlossen, eine internationale Konferenz nach Berlin einzuberufen, die sich mit der durch die Hungersnot in Rußland geschaffenen Lage befassen soll.

Wie wir aus gutunterrichteter Quelle erfahren, trifft diese Nachricht zu. Die betreffende Konferenz wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Aufruhr in einem Internierungslager?

WB. meldet aus Kottbus Vorgänge, die dringend der Klärung bedürfen.

Am Sonnabend abends gegen 9 1/2 Uhr versuchten polnische Inhaftete des Internierungslagers einen gewaltsamen Ausbruch aus dem Barackenhaus. Die Posten gaben sofort Feuer und der größte Teil der Ausbrecher wurde wieder in den Barackenhof zurückgedrängt. Etwa 30 Mann gelang es, in den angrenzenden Wald zu entfliehen. Die Verfolgung wurde sofort ausgenommen, blieb aber infolge der Dunkelheit erfolglos. Die Schutzpolizei und Gendarmen wurden zur weiteren Verfolgung aufgeboten. Von den Ausbrechern blieben drei Mann durch Schüsse der Posten schwer verletzt, größtenteils durch Beinsschüsse, liegen. Weitere vier oder fünf Verletzte wurden von den Entflohenen mitgenommen.

Friedensschluß mit den Faschisten. Vertreter der Sozialisten und Faschisten unterzeichneten in Gegenwart des Präsidenten der Kammer, de Nicola, ein Abkommen, durch das sie sich verpflichteten, die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und Zusammenstöße zu verhindern. Bei Beginn der Kammer Sitzung wurde de Nicola von allen Abgeordneten lebhaft begrüßt.

KPD.-Militarismus.

Nach der Beurteilung des Hölz ist an dieser Stelle gesagt worden, die größte Schuld des Beurteilten sei seine Unfähigkeit und Selbstüberschätzung gewesen: politisch unwissend und militärisch nichts anderes als ein strategisch blottierender Feldwebel habe er die armen Menschen, die sich seiner Führung anvertrauten, gewissenlos in Tod und Unglück gejagt. Dieses Urteil findet jetzt seine vollinhaltliche Bestätigung durch eine neue links kommunistische Schrift, die im Verlag von Franke erschienen ist: „Das Leunawerk, Lehren aus der Märzaktion.“

Der ungenannte Verfasser gehört zu den Ganzradikalen, oder will wenigstens als einer von ihnen erscheinen, er kann sich gar nicht genug tun in Worten der Entrüstung über „den Verräter Paul Levi“ und die sonstigen Opportunisten, er zeigt sich vollständig von der fixen Idee beherrscht, daß die soziale Frage nach bewährter Weltkriegstechnik mit Schützengräben, Tanks und Handgranaten zu lösen ist. Darüber mit ihm zu streiten wäre müßig: man wird sehen, wie glänzend er sich selbst widerlegt, indem er über die militärischen Aktionsfähigkeiten der Kommunisten zu geradezu vernichtenden Feststellungen gelangt.

Nachdem die Märzaktion politisch soviel kritisiert worden ist, unternimmt er es, einmal auch vom Standpunkt des Militärs aus die Sonde der Kritik an sie anzulegen. Und da gelangt er zu folgendem Urteil, das mit dem hier längst Gesagten völlig übereinstimmt:

Nirgends zeigt sich auch nur für einen Augenblick eine einheitliche Leitung. Ja, was am traurigsten ist, nicht einmal das Bestreben nach einer einheitlichen Leitung. Nirgends denkt man an ein Zusammenfassen der Kräfte, an die Formierung von Reservaten, an die Befreiung der bedrängten Orte, daran, die vereinigten Kräfte an einem Punkte ins Treffen zu führen, die Entscheidung zu erzwingen, den Gegner erst zu schlagen und zu vernichten. In allen diesen Kämpfen finden wir nicht einmal die Spur der elementarsten militärischen Erwägungen. Wir denken hier keineswegs an eine wirkliche Generalsabteilung. Wir stellen keine utopischen Forderungen. Allein wir denken an ein gewisses gesundes, militärisches Empfinden, das jede revolutionäre Leitung sich auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges und auf Grund der Erfahrungen der proletarischen Organisationen aneignen muß.

Wie vernichtend es auch klingen mag, wir müssen es klar heraus sagen, daß wir während des Märzauflandes bei keinem dieser Kämpfe auch nur die Spur der ideologischen oder organisatorischen Bereitschaft für den Bürgerkrieg finden.

Die „besonderen militärischen Organisationen“ der KPD. seien nichts wert. Die Mobilisierung der Partei habe vollständig versagt. Zwischen der politischen Leitung und den militärischen Kämpfen habe keine Übereinstimmung bestanden. Daß jede Hilfeleistung für bedrängte Positionen unterblieb, nennt der Verfasser „eine an Verrat grenzende Unleistung“.

Die Stärke der Regierungstruppen gibt der Verfasser selbst auf 4320 Mann an. Also 4320 Polizisten, nicht etwa Soldaten, etwa der fünfundschwanzigste Teil der in Deutschland vorhandenen Schutzpolizei, hat genügt, um die bewaffnete Kraft der KPD. vollständig zu vernichten. Und doch sieht der Verfasser in dieser militärisch wirklich ganz unbedeutenden Affäre die Entscheidung über eine große Schicksalsfrage, er glaubt, daß der Zustand bei besserer Vorbereitung hätte siegen können, er sieht nicht, daß diese bessere Vorbereitung allenfalls noch den Einsatz einiger weiterer Polizeikorps erfordert hätte, um zum wünschenswerten Resultat zu gelangen — ganz abgesehen davon, daß äußerstenfalls hinter der Schutzpolizei auch noch die Reichswehr stand. Er begreift nicht den Wahnsinn der Vorstellung, daß ein Waffengang, der von viertausend Polizisten erledigt wird, denen vielleicht das Dreifache oder auch das Zehnfache an Aufständischen gegenübergestanden haben mag, für das politische Schicksal eines Sechzigmillionenvolkes hätte entscheidend werden sollen!

Dem Verfasser, der hartnäckig an dem Aberglauben der notwendigen inneren Blut- und Eisentur festhält, bleibt noch übrig zu sagen, wie es besser hätte gemacht werden können. Er glaubt das mit den folgenden Ausführungen zu tun:

Wir teilen nicht die Illusionen derjenigen, die da glauben, daß das Proletariat im geheimen, illegal noch vor der Eroberung der Macht eine großangelegte Rote Armee organisieren kann. Wir stellen uns diese Kleinarbeit so vor, daß die Partei ihre Gesamtheit, die Gesamtheit ihrer Mitglieder, ihre ganze Organisation durch diese ununterbrochene Kleinarbeit auf die Zwecke des Bürgerkrieges hätte einstellen müssen. Das Proletariat kann, solange es die Macht nicht an sich gerissen hat, eine Rote Armee nicht bilden. Allein in Anbetracht der Verhältnisse, insbesondere Mittel- und Westeuropas, kann die Eroberung der Macht nur mit großen bewaffneten Proletariatsmassen vor sich gehen. Sicher, der Kampf kann ohne proletarische Militärformationen nicht geführt werden, allein die Arbeiterkraft, die kommunistische Partei, muß die proletarischen Militärformationen erst im Laufe des Kampfes schaffen. Im Kampfe selbst muß naturgemäß das kämpfende Proletariat mit unter einheitlicher Leitung stehenden Militärformationen auftreten gegenüber den von vornherein unter einheitlicher Leitung stehenden Militärformationen der Gegenrevolution.

Der Rat des kommunistischen Militärfachverständigen erinnert stark an das bekannte Rezept, Schwaben zu fangen, indem man ihnen Salz auf den Schwanz streut oder an die Methode des Freiherrn v. Münchhausen, sich an dem eigenen Hopse aus dem Sumpf zu ziehen. Einerseits braucht das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht unbedingt die rote Armee, andererseits aber kann die rote Armee nicht geschaffen werden, solange das Proletariat nicht die politische Macht errungen hat. Das ist ein ganz hilfloses Sichdrehen im Kreise.

Die Kommunisten sollen sich nach der Theorie dieses Sachverständigen während des Kampfes, d. h. wenn sie von der gut organisierten, versorgten und geführten gegnerischen Militärorganisation schon am Kragen gepackt sind, alles schaffen, was ihre Gegner schon haben: militärische Formationen, Waffen, Munition, Nachschub, Verpflegung und — dies letzte ist nicht das geringste — militärische Führung. Daß dieses Experiment, so oft es versucht wird, immer wieder das selbe Ergebnis haben muß, nämlich nutzlose Hinführung einiger Hundert oder Tausend Menschen und Verschlebung der politischen Lage zugunsten der militaristischen Reaktion, das muß jeder einsehen, der nicht ein goldenes militaristisch-kommunistisches Brett vor dem Kopf trägt.

Der militärische Sieg der Kommunisten war nie möglich, er ist nach der vollständigen Zerrüttung, die diese Partei gerade durch den blödsinnigen Märzputsch erlitten hat, erst recht eine himmelblaue Phantastie. Aber geht, der militärische Sieg wäre möglich, wer glaubt, daß die Kommunisten imstande wären, ihn politisch auszunutzen? Rapp-Lüttich siegten durch Ueberrumpelung militärisch, aber sie konnten mit diesem Sieg nichts anfangen, weil sie politische Felle waren. Wenn man sich schon einen gigantisch vergrößerten Hölz als siegreichen Feldherrn vorstellt, wo sind denn die kommunistischen Staatsmänner, die seinen Sieg politisch auszunutzen? Brandler? Roenen? Hoelke?

Ach, hört doch endlich einmal auf mit dieser Kinderei!

Zwischenfälle und Genugtuungen.

Es wiederholen sich immer erneut Zusammenstöße zwischen den Angehörigen der fremden Militärmissionen oder fremdländischer Truppen und Deutschen. Es wird stets Rüpel geben, in allen Bevölkerungsklassen, bei jeder Nation, und man wird immer wieder erleben, daß der Alkohol auf nationale Gegenstände stark fördernd wirkt. In der Regel ist es aber so, daß sich die Beteiligten sehr wenig klar darüber sind, wie sehr sie in einem Ausmaß Schaden anrichten, der in gar keinem Verhältnis zu der Unwichtigkeit ihrer eigenen Person steht.

Der jüngste Zwischenfall spielte sich in einem Schlafwagen, der von Berlin nach Bremen fuhr, ab. Nach dem Bericht eines Augenzeugen, den der „Berliner Lokal-Anzeiger“ mit vielem Eifer veröffentlicht, soll es sich darum gehandelt haben, daß im Schlafwagenabteil eines französischen Kapitän auch eine nicht dahingehörige Dame sich aufgehalten habe, daß der Schlafwagenschaffner mit einem Deutschen, der dem Franzosen beistand, in Konflikt gekommen sei, daß der Franzose auf dem Korridor, wo es verboten ist, geraucht hat, daß dann der Schlafwagenschaffner, der Franzose und noch ein anderer deutscher Mitreisender abwechselnd die Tür zu dem in Frage kommenden Schlafwagenabteil auf- und zugerissen und sich noch weiter in ähnlicher Form durchaus „erwachsen“ benommen haben. Die deutsche Volkseele kochte dann im Schlafwagen über, der Franzose zog die Notbremse und der Schupmann, den man dann zur „allgemein verlangten“ Entfernung des französischen Kapitän benötigte, er soll sehr derjenige sein, welcher einen deutsch-französischen „Konflikt“ herbeigeführt hat. Aus dem Janz verschiedener Leute, die den im Schlafwagen notwendigen Takt nicht aufzubringen vermochten, wird so eine Angelegenheit, die zwischen der deutschen Regierung und der französischen Militärmission zu verhandeln ist. Die Zeitungen Deutschlands und Frankreichs füllen sich mit den

Theatererfah an der Ostsee.

Aus Banjin wird uns geschrieben: Dramaerfah an einer Erziehungsbühne mit Erziehungsspieler! — Hakenkreuzbühne, besetzt von im Zivilberuf hakenkreuzdeforcierten Jünglingen und Jungfrauen, die es lieben, sich auf der Swinemünder Kurpromenade mit hakenkreuzfeindlichen Personen herumzupöbeln, und die aus dieser Tätigkeit offenbar ihre Fähigkeit zum öffentlichen Bühnenauftritt ableiten. Diese Jünglinge und Jungfrauen, die sich zu diesem Zwecke in Germanenpapierarmierung und gewänder geschmiffen haben, demonstrieren dem hakenkreuzfreundlichen Publikum „Germaniens Rot“.

Auf dem langen Berge an einem moosbestandenen Abhang betätigen sie ihre völkische Gefinnung, indem sie in die Kiefernstämme des Waldes hinein die Phrasen leieren oder beilen oder — je nach Temperament — brüllen, die der Herr „Dichter“ — im Zivilleben ist er Major a. D. und Parteivorstand — in die Formen eines Dramas gekleidet hat.

Der Inhalt dieses Stückes läßt sich nicht erzählen, denn er ist nicht vorhanden. Ein Schlagworttragout in Versen — von Gestalten mit übergermanischen Namen serviert — das ist's, was hier geboten ward. Ein paar Tränenarien über die „Zweitradit der deutschen Stämme“, Rachegebrüll gegen alles „Fremde“ und die üblichen antisemitischen Scherze bilden die Würze. Daß eine der mitwirkenden Damen sich bemühte, bei besonders ergreifenden Stellen ihre Gliedmaßen in die Form eines Hakenkreuzes zu biegen, sei zur Charakteristik des darstellerischen Stils hervorgehoben.

„Banjin!“ wird der Leser ausrufen, „Was kümmert uns der Theatererfah, den sich ein paar geschmacklose Dilettanten in ihrem Ferienstumpfsinn zusammenschließen!“ Aber ich glaube doch, die Sache liegt ernster. Der Fall, von dem ich berichte, steht leider keineswegs vereinzelt da. Es mehrten sich die Zeichen, daß sich eine „Tendenzdramatik“ zum Modestück wird, und nun stelle man sich die Wirkung vor, wenn die Begegnung sich derselben Taktik bemächtigt und mit ähnlichen Kunstmitteln in den Wettbewerb eintritt!

Wer soll und wer kann das verhindern? Vom Publikum ist nicht allzu viel zu erwarten. Leute, für die die Kunst nicht nur ein mehr oder minder unbequemes Möbel im Rahmen ihrer allgemeinen Bildung ist, werden sich derartigen Unternehmungen mißbilligend fernhalten. Und was übrig bleibt, wird, wenn es hakenkreuzlerisch gefonnen ist, dem hakenkreuzdrama zuzubeln — ohne Ansehen des Inhalts und der Darstellung, und wenn es trostlich freundlich ist, wird es das Trost-Drama der Zukunft bezeichnen ohne Rücksicht auf Geschmack oder Ungeschmack. . .

Vorgängen und Auswirkungen einer politischen Kinderei und zwei Völkern werden wieder gegeneinander gehegt. Erhebend ist das weder für die, die sich damit beschäftigen müssen, noch für diejenigen, auf deren Rücken der Streik ausgetragen wird.

Die Steuervorlagen der Reichsregierung.

Eine der Montags früh erscheinenden Berliner Zeitungen bringt eine halbamtliche Mitteilung zu den Richtlinien des Kabinetts über die neuen Steuerpläne. Aus ihr geht hervor, daß das, was der „Vorwärts“ und andere Blätter der Regierungskoalition ausgesprochen haben, nur zu berechtigt war. Wir fanden im Steuerprogramm des Reichskabinetts nichts anderes als den Willen, auf dem alten üblichen Wege zu versuchen, mit der Reichsfinanznot ins Reine zu kommen. Die Ankündigung, daß das Reichskabinett weiter prüfe, ob der Besitz noch auf anderen Wegen als den der Besteuerung zu den Lasten des Reiches heranzuziehen sei, erweckte den Anschein, als ob in allernächster Zeit aus diesen Beratungen sich noch positive Vorschläge herauskristallisieren würden. Wenn die von der obenerwähnten Quelle veröffentlichte Nachricht zutrifft, dann stehen solche Beratungen des Reichskabinetts vorläufig nicht in Aussicht. Damit würde aber die Beratung der 15 neuen Steuergesetze nicht erleichtert, sondern außerordentlich erschwert werden. Wir erwarten deswegen, daß das Reichskabinett recht bald seine Erwägungen über die anderweitige Erfassung des Besitzes zu einem gewissen Abschluß bringt. Das erscheint uns schon deswegen besonders notwendig, weil sonst gar kein Gesamtüberblick über den Ertrag der neuen Steuern möglich ist.

Gefährlicher Aufmarsch der Republikaner.

Wie uns aus München geschrieben wird, wurde eine vom Republikanischen Reichsbund Bayern aus Anlaß des zweijährigen Bestehens der Deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 auf Sonntag, den 21. August 1921, in der Arena des Münchener Ausstellungsparkes festgesetzte Gedenkfeier vom Staatskommissar für München-Stadt und Land genehmigt. Dagegen wurde der An- und Abmarsch — außerhalb des Bannkreises des Landtages — aus den Außenbezirken der Stadt verboten. Der Staatskommissar begründete sein Verbot unter Berufung auf den in Bayern immer noch herrschenden Ausnahmezustand: Es handele sich um keine Kundgebung eines Kriegervereins (!) oder einer ähnlichen Korporation, sondern um die Veranstaltung einer politischen Organisation. Der Reichsbund wandle sich gegen das Verbot durch eine Eingabe an den Verfassungsausschuß des Landtages, der jedoch in seiner Sitzung vom 6. August über die Eingabe hinweg zur Tagesordnung überging, weil der Reichsbund bei seiner Beschwerde nicht den vorgeschriebenen Instanzenweg eingehalten habe! Der Reichsbund beschritt deshalb den ihm empfohlenen Beschwerdeweg in einem erneuten Gesuch an die Bayerische Staatsregierung, in welchem er die Begründung des Verbotes durch den Staatskommissar zu widerlegen sucht.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der Beschwerdeführenden die bayerische Regierung alle Ursache hätte, diese Feier eher zu fördern als zu verbieten, zumal die Reichsregierung die Initiative zu einer ähnlichen Feier am 3. August ergriffen habe. Von der republikanischen Bevölkerung seien keine Störungen zu erwarten, und deshalb müsse von der bayerischen Regierung im Interesse des inneren Friedens die Aufhebung des Verbotes gefordert werden.

Auch wir sind der Ansicht, daß die Äußerung des Staatskommissars, der An- und Abmarsch werde verboten, weil es sich nicht um einen Kriegerverein handle, ebenso lächerlich wie ungerechtfertigt ist. Es ist Sache des Staatskommissars, seiner Leidenschaft für die schöne Einrichtung von Kriegervereinen in jeder beliebigen Form Ausdruck zu verleihen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß er in Angstzustände gerät und krampfhaft jeden Versuch republikanischer Verfassungsfreunde, die öffentlichen Stroschen der Stadt zu anderen als Kriegervereinszwecken zu benutzen, in völlig verfassungswidriger Weise ablehnt.

Es ist eine Sünde, daß phrasenbewarderte Agitatoren es wagen, ihre unberufenen Finger an die Kunstform des Dramas zu legen — es ist eine Sünde an der deutschen Kultur. . . Wir Deutsche haben so viel verloren — wehren wir uns dagegen, daß man uns unser letztes — unsere Geistigkeit — versucht und schändet, daß man die Tiefen der Kunst mit dem bösen Gewäsch politischer Streiber verschüttelt! . . .

Jeder soll seine Meinung frei sagen können, aber er soll sie nicht in eine künstlerische Scheinstruktur hineinrammen, um sie als Kunst in die Öffentlichkeit hinauszuposaunen! Wehren wir uns gegen die Schändung der Kunst, fänden wir Krieg, alle, die ihre schmierigen Finger an die Reinheit der Kunst zu legen wagen!

Karl Nicolaus.

Keine polizeiliche Ueberwachung des Kunstunterrichts. In letzter Zeit haben in Berlin mehrfach Polizeibeamte bei Künstlern, die Unterricht erteilen, Nachforschungen angestellt. Der Polizeipräsident hat auf eine deswegen ergangene Anfrage der Reichsjustizstelle des Reichswirtschaftlichen Künstlerverbandes über die Rechtmäßigkeit solcher Maßnahmen die Antwort erteilt, das Polizeipräsidium übernehme lediglich den Unterricht für Theater, Musik und Film. Eine Ueberwachung des Unterrichts anderer künstlerischer Art, insbesondere also auf dem Gebiete der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes wird nicht ausgeübt.

Schließung der Berliner Kabarets? In diesen Tagen ist in Berlin der Wirtschaftsbund der Varietè- und Kabarett-Direktoren gegründet worden, an dessen Spitze ein vorläufiger Arbeitsausschuß mit Direktor Herbert Kals („Schall und Rauch“) steht. In der Gründungsversammlung wurde unter starker Zustimmung der Plan erwogen, sämtliche Berliner Kabarets ab 1. Oktober zu schließen, falls sich keine Widerungen in der Belastung der Kabarettbetriebe erreichen lassen.

Festspielwoche des Ostens. Ähnlich wie die Wartburg, wie Weimar und Bayreuth als Stätten besonderer geschichtlicher und kultureller Bedeutung zu Feststätten geworden sind, trägt man sich mit dem Gedanken, die Marienburg als das Sinnbild deutscher Kultur im Osten zum Mittelpunkt einer „Festspielwoche des Ostens“ zu machen. Man plant ein Festspiel, einen Festzug und ein Volksfest mit Weiltänzen deutscher Art; an den Nachmittagen der Festwochen sollen Volkstänze, Chorgelänge und Instrumentalmusik veranstaltet werden. Einer der Unerwartungsabende soll ein Sängerkonzert auf der Marienburg bringen. Der Burghof wird für die Aufführung des Festspiels als Freilichtbühne dienen. Die erste „Festspielwoche des Ostens“ ist für das nächste Jahr geplant.

Wir wollen hoffen, daß den Veranstaltungen kein nationalitätschauvinistischer Charakter gegeben wird. In diesem Fall könnte durch sie mannigfaches Unheil abgewendet werden.

Die Rothaut als französischer Jugendlieber. „Der große Habsicht“, Hauptling der Seneca-Indianer, ist in Europa eingetroffen, um die französischen Pfadfinder im Walde von Compiegne in die Geheimnisse der richtigen Waldläuferei einzunehmen.

Steuerstreik des Landbundes.

Es wird von den deutschen Rechtsparteien kaum noch geheim gehalten, daß sie für den kommenden Herbst große politische Ereignisse vorbereiten. Welcher Art die politischen Gewitter sind, die nach dem Wunsche derer von Kr und Halm über der deutschen Republik niedergehen sollen, zeigen Veröffentlichungen in der „Magdeburger Volksstimme“. Danach fordert der Reichslandbund in seinem Rundschreiben seine Hauptgeschäftsstellen in den einzelnen Provinzen auf, alle Vorbereitungen für einen allgemeinen Steuerstreik zu treffen. Die Städte sollen ausgekugelt werden, um die Regierung zu zwingen, von einer steuerlichen Belastung der Landwirtschaft abzusehen.

Der Gebante des Steuerstreiks geht vom Brandenburgischen Landbund aus, dessen Leitfahre vom Reichslandbund zu allgemeiner Beachtung empfohlen werden. Das Hauptgewicht wird danach auf radikale Unterbindung der Reichszu führen für die Städte gelegt. Landwirte, die zu diesem Säuglings- und Krankenmord nicht bereit sind, sollen dazu mit Gewalt gezwungen werden. Eine Kontrollkommission aus „vier handfesten Männern“ soll an jedem Orte für die Durchführung des Streiks sorgen. Sie sollen auch die Eisenbahnen und Straßen überwachen. Die Kreisgrenzen sollen durch Streikpostenketten gesperrt und jeder Lebensmittelverkehr unterbunden werden. Vorrathshäuser, Mühlen usw. sollen bewacht werden.

Kleinere Städte, die sich dem Vorgehen des Landbundes anschließen, sollen bevorzugt beliefert werden, auf gleiche Weise will man die Landarbeiter fortkomplieren. Schaden wollen die Landwirte natürlich auch nicht haben. Verluste sollen durch Preiserhöhungen nach dem Streik ausgeglichen werden. Welches Vertrauen der Landbund in unsere Gerichte setzt, kann man daran erkennen, daß er ohne weiteres annimmt, daß seine Streikproklamation bzw. ausgeübte Zwang als vertragaushebende höhere Gewalt angesehen wird.

Die Folgen eines agrarischen Steuerstreiks sind unabsehbar. Der Landbund verläßt sich offenbar ganz auf die reichlichen Waffenvorräte, die heute noch auf dem Lande vorhanden sind und auf seine guten Freunde in der höheren Bürokratie, in der Reichswehr und der Schutzpolizei, die schon dafür sorgen werden, daß die Nachmittel des Staates nicht ausreichen, um einen solchen brutalen Anschlag auf das Leben und die Gesundheit der städtischen Bevölkerung unwirksam zu machen. Die Landwirte sollen sich nicht täuschen, die Regierung über die ungeheure Steigerung der Preise aller übrigen Lebensmittel greift weit über in die Kreise des Bürger- und Beamtenums. Wenn die Landwirte trotz der erheblichen Gewinne, die ihnen aus den neuen Preiserhöhungen zufließen, auch noch einen Steuerstreik inszenieren, um sich vor dem Steuerzahlen zu drücken, so dürften sie bald erkaunt sein über die zahlreichen Hiltruppen, die der Arbeiterkassette aus den Reihen des städtischen Bürgertums zustoßen werden.

Wilhelm als Gutschein.

Wert: Eine Mark.

Ein Freund unseres Blattes sendet uns einen der Gutscheine zu, die das Hotel und Café „Kaiserhof“ in Münster in Westfalen aus einem an sich nicht ersichtlichen Grunde abgibt, denn wir haben in Deutschland Gutscheine im Betrage von 1 Mark zur Genüge. Aber die Firma Försterling u. Sohn scheint der Auffassung zu sein, daß sie die Gutscheine schon deswegen einführen müsse, um eifrige Propaganda für den vormaligen Kaiser machen zu können. Wenn man den auf der Vorderseite befindlichen braven Handwerker mit dem Hammer in der Hand von der Rückseite aus und gegen das Licht betrachtet, dann erscheint er plötzlich mit dem grün aufgedruckten „Es ist erreicht“-Schnurrbart, die deutsche Kaiserkrone auf dem Haupt und stellt sich als — Wilhelm aus Doorn vor. Früher legten die Fürsten großen Wert darauf, ihr Haupt jedem Unterthan in den Schoß legen zu können. Heute müssen sie damit zufrieden sein, daß sie heimlich auf Rognal-Gutscheinen aufgedruckt werden. Es sind doch traurige Zeiten.

Der Obdachlose. Für Karl Habsburg wird in Ungarn, Italien, Spanien und England um Wohnrecht gejochten.

Da Amerika ohnehin auf dem Wege ist, das alte Europa als Trägerin der Menschheitskultur abzuleben, so erscheint es durchaus folgerichtig, daß sich Europa beizeiten bemüht, amerikanische Lehrmeister zu gewinnen, die seine Jugend mit den Feinheiten transatlantischer Kultur vertraut machen. Um Hindis auf die in der europäischen Diplomatie und Bürokratie noch immer grassierenden Hopse und Verlogenheit auch ein Unterricht in indianischer Skalpjägerei lehren zu können.

Upton Sinclair: 100 Prozent Roman eines Patrioten. — Der Stoff: Ein Individuum schleicht durch die Straßen Neuyorks, gerät durch Zufall zur Bekanntheit der Polizei, wird Spitzel, da er existenzlos ist, und erleidet die Stufenleiter dieses Berufs bis zu ihren höchsten Höhen. Die Arbeiter vertrauen ihm; er, der Röttesten einer, hält sich in ständiger Verbindung mit seinen Gönnern von der Polizei, erlebt ungeheuer viel, und hat alle Chancen, eines Tages Präsident zu werden. Ein Subjekt, das anfangs jenseits von Gut und Böse steht und erst allmählich die fast unbewusste Tat zur bewußten gestaltet. — Die Behandlung: Die meisten der Angaben des Buches sind, nach der Beschreibung des Autors, nach dem Leben gezeichnet. Ein ungeheurer Sumpf tut sich auf, in dem Korruption und menschliche Gemeinheit brodeln. Und doch fehlt dem Buche eines: der erschütternde Ausschrei, die gewaltige Anklage, das hinreichende Ethos. Erinnerungen werden nach an Rego und Gorki, die Ähnliches anders dargestellt haben. So bleibt es das flüchtig-geschriebene, oft filmhaft wirkende, trotz ergreifender Einzelheiten niemals durchwühlende Werk eines tüchtigen Journalisten. Weniger fehlt ihm die Erschütterung des Herzens als die Kraft, das Herz zu erschüttern. Für die nicht immer einwandfreie, oft elementare Regeln der Grammatik verzeihende Uebersetzung zeichnet Herponia zur Mühlen verantwortlich. Das Buch, das im Rast-Berlag, Berlin, erschienen ist (Preis 15 Mark, Halbpergamant 20 Mark), ist mit Lithographen des bekannten Zeichners George Grosz geschmückt.

Ausgleichende Gerechtigkeit. Eine Geschichte aus Kanada, die in unseren Tagen des Lebensmittelwuchers und der Ueberproduktion zeitgemäß ist, wird in amerikanischen Blättern erzählt. Der Bäcker eines Dorfes in der Nähe von Quebec nahm seine Butter stets von einem Bauern in der Umgegend. Eines Tages schien es ihm, daß die Butter nicht das vereinbarte Gewicht hatte; er wog sie also und stellte fest, daß der Bauer ihm die Butter gab und weniger lieferte. Er machte dem Bauern darüber Vorhaltungen, und die Sache kam vor den Richter.

„Hast du eine Waage?“ fragte der Rabi den Bauern. „Ja, Herr Richter.“ „Hast du Gemächte?“ „Nein, ich habe keine.“ „Aber wo kannst du denn deine Butter richtig wiegen?“ „Das ist ganz einfach“, erwiderte der wackere Landmann. „Selbst der Bäcker die Butter von mir kauft, nehme ich von ihm das Brot, und das Brot ist das Gewicht, nach dem ich die Butter wiege. Wenn das Gewicht nicht stimmt, so ist das die Schuld des Bäckers und nicht meine.“

Spielplanänderung. Im Großen Schauspielhaus wird heute Florian Geyer halt „Die Weber“ gegeben, Anfang 7 Uhr.

Die Berliner Genossen zum Parteitag.

Groß-Berlin

Alle drei Tage eine Mahlzeit.

Am gestrigen Sonntag tagte in den Arminhallen der Bezirkstag des Bezirksverbandes Berlin. Von der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl der Delegierten, 3. Geschäfts- und Kassenbericht und 4. Wahlen wurden die ersten beiden Punkte erledigt, während der Rest am Sonntag, den 14. August, behandelt werden wird.

Das Referat des 1. Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Genossen Franz Krüger, leitete die Verhandlungen ein. Er führte etwa folgendes aus:

In der ziemlich allgemeinen Ablehnung des Programmwerkes sehe ich einen Beweis der Geschlossenheit der Partei. Eine ernsthafte politische Kritik zur Abänderung des Entwurfs ist bisher nicht erfolgt. Mit Befriedigung können wir auf die Entwicklung unserer Partei hinsehen. In der Kritik am Programmwurf wird vielfach bemängelt, daß die Worte Arbeiterklasse und Klassenkampf umgangen werden; es wird dadurch der Anschein erweckt, als ob wir ängstlich bestrebt seien, den Gedanken des Klassenkampfes auszuschalten. Das ist eine durchaus falsche Auffassung, denn die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Partei trägt an und für sich schon den Charakter des Klassenkampfes.

Ich bin der Auffassung, daß es ein Programm vermeiden muß, sich zu sehr auf Einzelheiten festzulegen. Forderungen, wie durchgehende Arbeitszeit, Sechsstunden-Arbeitszeit usw., sind berechtigt, würden aber bei einer Ausnahme in das Programm die Uebersichtlichkeit desselben beeinträchtigen.

Unsere wirtschaftspolitischen Forderungen sind in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere ist eine weitestgehende Besteuerung des Reichtums zu fordern. Schon der letzte Parteitag in Kassel hat den wirtschaftlichen Fragen großes Interesse beigemessen, ich erinnere nur an die Debatte Wiffel-Schmidt.

Nicht unterstützen kann ich die Auffassung des Aufbaues von Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Wir müssen bei wirtschaftlichen Fragen beachten, daß die Bewegungsfreiheit Deutschlands durch den Friedensvertrag, die Sanctionen usw. beschränkt ist und die Abhängigkeit Deutschlands von den anderen Ländern in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sind Faktoren, die uns in der Durchführung dieser Fragen im Wege stehen. Es sind dies Tatsachen, die selbst von russischen und deutschen Kommunisten anerkannt wurden. Auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik sind wir stark behindert durch den Friedensvertrag. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes darf nicht geringer sein als die steuerliche Belastung der ehemaligen Feindländer. Trotzdem muß unser Programm bestimmte Grundzüge aufstellen, um so mehr, als die Regierung jetzt ein umfangreiches Steuerbudget vorlegt, das in vielen Punkten Verbesserungs- und reformbedürftig ist.

Das sozialpolitische Programm soll nur große allgemeine Richtlinien enthalten. Die Ausführung und praktische Tätigkeit auf diesem Gebiete liegt hauptsächlich den Gewerkschaften ob. Hier darf nicht die agitatorische Ausnutzung leitend sein, an solchen Forderungen festzuhalten.

In der Frage der Rechtsprechung halte ich es für einen schweren Fehler, die Wahl der Richter nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Dadurch hätten wir in einigen großen Städten ein kommunistisch-sozialistisches Richterkollegium, während auf dem platten Lande zweifellos das nationalstaatliche Element die Oberhand gewinnen würde. Einer krassen Klassenjustiz wäre dann Tür und Tor geöffnet. Die Tätigkeit juristisch gebildeter Richter ist nicht entbehrlich. Das Parteiprogramm muß befehlen: In allen Zweigen der Rechtsprechung müssen Parteimitglieder mitwirken, die aus dem Volke zu wählen sind. Die weitere Forderung, daß der Richterstand aus allen Volksklassen hervorgehen soll, ist ein Wunsch auf lange Zukunft. Ein diesbezüglicher Antrag ist im preussischen Landtag bereits zur Annahme gelangt.

Die Fassung der kommunalpolitischen Fragen erscheint mir zu allgemein.

Bei der Ausarbeitung des Agrarprogramms scheint man verflucht gewesen zu sein, eine Zusatzt auf die Bauern und kleinen Pächter ausüben zu wollen. Die Erfahrungen haben in der Bauernkollation gezeigt, daß die Bauern und kleinen Pächter zu den Arbeitern in einem Gegensatz stehen, der schwer zu überbrücken ist. Die Werbung in Bauernkreisen darf uns nicht von einer konsequenten Arbeiterpolitik abbringen. Die Lösung der Wohnungsfrage geschieht nicht durch den Bau von elagelosen Siedlungshäusern, da dies einerseits zu teuer und auf der anderen Seite technisch unmöglich ist. Wir müssen den Großhäuserbau erstreben. Es ist nicht angängig, daß sich der örtliche Parteitag mit der Wohnungsfrage befaßt, da dies auf dem Kasseler Parteitag ausgiebig geschehen ist.

Unsere Parteipolitik war nicht immer unbestritten. Besonders die Frage der Koalition mit bürgerlichen Parteien, insbesondere mit der Deutschen Volkspartei wurde viel und heftig diskutiert. Die Richtlinien des Parteitages von Kassel finden nur auf das Reich Anwendung, während in den Ländern von Fall zu Fall entschieden wurde. (Vgl. Koalition in Lippe, Westfalen, Braunschweig, Sachsen sowie die Stellungnahme der preussischen Landtagsfraktion in preussischer Koalition.) Im wesentlichen kommt es nicht auf den Namen der Partei an, sondern darauf, welche Politik mit ihnen getrieben werden kann. Es gilt Richtlinien festzulegen, unter denen wir mit anderen Parteien eine Koalition eingehen können, die dann aber von diesen Parteien rückhaltlos anerkannt werden müssen.

Heftige Kritik in den Reihen der Parteigenossen fand die Tatsache, daß prominente Parteigenossen an bürgerlichen Zeitungen über parteipolitische Fragen schreiben. Die Partei protestiert energisch gegen dieses Verhalten. Anders verhält es sich, wenn Genossen über praktische Regierungsfragen oder kulturelle und wissenschaftliche Fragen in diesen Blättern schreiben.

In der Einigungsfrage befindet sich unsere Partei in der angenehmen Lage, zu diesem Punkt stets eine konsequente Haltung eingenommen zu haben. Von Würzburg bis Kassel haben wir die Hand zur Einigung geboten und auch Örtlich wird hierdurch Gelegenheit bieten. Wenn bis jetzt die Einigung nicht zustande kam, so nur, weil die U.S.P. nicht den Mut hatte, die Konsequenzen aus ihrem Verhalten der letzten Monate zu ziehen. Durch Arbeitsgemeinschaften zwischen SPD. und U.S.P. kann eine Einigung wirksam vorbereitet werden.

Hoffen wir, daß der Parteitag seinem ungeheuren Aufgabekreis gerecht wird und in der Frage der Einigung die Grundlagen schafft zu einem weiteren wirksamen Verfolgen unserer bisherigen konsequenten Politik. (Beifall.)

Discussion

Sprach zunächst Genosse Herms zum Programmwurf. Er vertritt im Programmwurf Formeln, die eine Einigung mit der U.S.P. ermöglichen. Der jetzige Entwurf kann nicht den Beifall der Parteigenossen finden.

Während der Verhandlungen eingelaufene Anträge finden die Unterstützung des Bezirkstages mit Ausnahme eines Antrages, der die Zurückweisung des Programmwerkes an die Programmkommission fordert, dessen Urtheil jedoch verheerend nicht zur Befreiung gebracht wurden.

Genosse Heintz: Die positiven Vorschläge zur Aenderung des Parteiprogramms sind von Genossen Krüger einfach nicht erwähnt und berücksichtigt worden. Ich erinnere an die Artikel von David, Gumpfer und Ströbel. Quara hat als Mitglied der Programmkommission im „Vorwärts“ erklärt, daß der Entwurf ungenügend ist. Es muß klar ausgesprochen werden, daß der Programmwurf zurückgewiesen und neu bearbeitet werden muß. (Beifall.) Ihr Bei-

fall läßt mich besonders bedauern, daß der Antrag, den Entwurf zurückzuweisen, vorhin von Ihnen abgelehnt worden ist. Redner kritisiert die Behandlung der Finanzfragen im Programm. Bei der Regierungsbildung in Preußen sind Fehler gemacht worden. Wir sollten uns nicht auf Resolutionen festlegen — auch nicht, wenn es sich um die Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Regierung handelt. (Beifall.) Zuverlässige Führer werden auch ohne Richtlinien richtig handeln, und unzuverlässige werden durch Richtlinien nicht zuverlässiger.

Ströbel: Man kann von einem Genossen nicht verlangen, daß er im Handumdrehen ein neues Aktionsprogramm schaffe. Auch ich bin dafür, daß der Programmwurf an die Kommission zurückgewiesen wird. Der jetzige Entwurf ist gänzlich unannehmbar. Das ganze Programm muß von dem Gedanken des Klassenkampfes durchweht sein. Es muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterklasse der Kern der Partei ist, und daß die Interessen des Proletariats, der Hand- und Kuppelarbeiter in Stadt und Land identisch sind. Wir müssen unbedingt zu einer Planwirtschaft kommen, wie sie Wiffel und neuerdings Striemer vertreten. Wenn wir uns über die wichtigsten Forderungen klar sind, wird das Programm, das den Anziehungspunkt für die Wiedervereinigung des Proletariats bilden muß, klar formuliert werden können. (Beifall.)

Strieder ist der Auffassung, daß die alle Programmkommission nicht mit der Aenderung des Programmwerkes beauftragt werden kann und wünscht, daß die Berliner Delegierten für eine Aenderung in der Besetzung der Kommission eintreten. Wenn die Grundzüge des Genossen Krüger zur Regierungsbildung angenommen werden, wird eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien überhaupt nicht mehr möglich sein. Es ist bedauerlich, daß führende Parteigenossen sich für eine Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben. Und das ist zweifellos ein Hindernisgrund für die Einigung des Proletariats. (Beifall.)

Ein Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion über das Parteiprogramm abzuordnen, wird abgelehnt.

Rießhah: Der Reichswehrminister wird nicht so in der sozialistischen Presse angegriffen wie früher Roske. (Sehr richtig.) Die Zahl der Offiziersvereine ist dankend gewachsen und das ist eine Gefahr der Republik. Wir müssen verlangen, daß die Schupo sich in durchaus republikanischer Weise betätigt und alle, die sich dem widersetzen, müssen rückwärts entlassen werden. Es ist eine Schande, daß die Hundertschaft zur besonderen Verwendung noch besteht, trotzdem wir einen sozialistischen Polizeipräsidenten haben. (Beifall.) Heute, die ihren Posten bewahrt oder unbewußt vernachlässigen, müssen entfernt werden. Ehrhardt tut als Freigantentypus in der Marine Dienst. Er ist bedürftig worden. Das muß beachtet werden. Redner zeigt an einem Beispiel, wie die Agitation der Antirepublikaner in der Schupo unterstützt, während die Freunde der Republik nach jeder Richtung bedrängt werden. Der gesamte Verwaltungsapparat muß mit sozialistischen Energien durchdringt werden. (Beifall.)

Genossin Lohndagen: Wir sollten an die Spitze des Programms stellen, daß wir eine Partei des Klassenkampfes sind. Wir haben uns wohl zu sehr an den Gedanken gewöhnt, daß das Programm etwas durchaus Neues sein müsse. Das Kulturprogramm ist der schwächste Teil des Entwurfs. (Zustimmung.) Es ist zu verurteilen, daß der Gesamtkommission keine Gelegenheit gegeben wurde, den Entwurf zu überarbeiten.

Genossin Bohm-Schuch: Der Entwurf des Parteiprogramms ist einfach eine Unmöglichkeit für eine Partei, die Millionen Menschen führen soll. Es ermangelt ihm jeder klare Forderung, und das hat seinen Grund darin, daß keine gemeinsame Arbeit der gesamten Kommission stattgefunden hat. Die Verwirklichung ist nicht zu früh, sondern zu spät erfolgt. 6 Monate nach dem Kasseler Parteitag hätten die Arbeiten abgeschlossen sein müssen und mindestens ein Werkjahr lang zur Diskussion gestanden haben. Die Sätze müssen klaren wie wuchtige Hammerschläge, dann werden sie verstanden. Wenn wir mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung bilden, würden wir nur das Desaster für alle reaktionären Bestrebungen sein. (Beifall.) Die jungsozialistische Bewegung kann durch Beschlässe nicht totgeschlagen werden. Dies wäre ein Kampf gegen Windmühlenspiegel, denn sie ist etwas Elementares, aus sich selbst herausgewachsenes. Der Jugendtag in Wiesbaden war ein Erlebnis. Wir brauchen an jedem Parteitag eine Jugenddebatte, vor allem am Zentralorgan. Die „Gleichheit“ sollte obligatorisch an alle Parteigenossinnen eventuell durch Erhöhung der Beiträge geliefert werden. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Im Schlußwort wandte sich Genosse Krüger gegen eine Resolution, die vom Parteitag fordert, den Entwurf zurückzuweisen, sowie gegen die Ausführungen des Genossen Heintz. Wenn Genosse Rießhah Polizeipräsident wäre, würde er vom Innenminister alsbald entlassen werden. Im übrigen wird Genosse Rießhah Gelegenheit haben, gegenüber dem Genossen Richter seine Anschuldigungen zu vertreten.

Behmann teilt mit, daß 367 Delegierte am Bezirkstag teilnahmen.

Die Wahl der Delegierten hatte folgendes Ergebnis: 1. Genossin Hanna, 2. Genossin Wachenheim, 3. Genosse Lehmann, 4. Genosse Beitzge, 5. Genosse Ströbel, 6. Genosse Drews, 7. Genosse Bagels, 8. Genosse Ostrowski, 9. Genosse Mühlmann, 10. Genosse Brinkmann, 11. Genosse Wittau. Als Ersatzleute wurden bestimmt: 1. Genosse Sperling, 2. Genosse Riese, 3. Genosse Mänzingler, 4. Genosse Strieder.

Alsdann wurde über die gedruckt vorliegenden Anträge abgestimmt, außerdem gelangte ein Antrag Brosat-Ströbel zur Annahme, in dem gefordert wird, daß der Parteivorstand mit dem U.S.P. und dem I.S.P. zur Schaffung eines Wirtschaftsprogramms in Verhandlungen trete. Ferner wurde folgender Antrag des Genossen Krüger angenommen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reiches oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind, 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes im Reich, Staat und Gemeinde, 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeierkennzeichen, 4. für eine positive Außenpolitik, 5. für die lokale Erfüllung des Friedensbittens und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Reichtums eintreten.“

Die am Sonntag, den 7. August 1921, im Hotel „Seebad“ in Templin tagende Konferenz der Wahlvereine im Kreise Templin hat folgenden Antrag angenommen:

„Der Bezirksparteitag möge beschließen, dem Parteitag in Örtlich zu empfehlen, den veröffentlichten Entwurf des Parteiprogramms als nicht diskutabel abzulehnen. Die Konferenz fordert, daß in einem neuen Parteiprogramm sich die Partei auf den Boden des konsequenten Klassenkampfes, als wirksamstes Mittel für die Emancipation des arbeitenden Volkes, stellt. Des weiteren wird gefordert, daß auch der Begriff der Sozialisierung mehr, als im veröffentlichten Programm, im neuen Programm Berücksichtigung findet, da die Einführung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft nur durch die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens möglich sein kann. Zur Verwirklichung einer solchen sind neben den politischen Partementen die Betriebs-, Bezirks- und Reichswirtschaftsräte mit heranzuziehen. Ihnen ist im neuen Parteiprogramm in klarer und klarer Norm ihre Aufgabenstellung, Aufgabenkreis und Stellung als Vertreter des Ratesystems in wirtschaftlicher und politischer Beziehung fest zu umschreiben.“

erschütternde Hilferufe gehen aus Rußland durch alle Bande. Deutschland macht sich daran, nach besten Kräften zu helfen, und hat doch so unendliche Not im eigenen Lande. Wer heute in der Wohlfahrtsarbeit steht, der hört auch bei uns oft den Flügel Schlag des Hungertodes. Aus dem Bericht einer Helferin entnehmen wir:

Im Hause Alfensteiner Straße 14 stehen Mutter und Tochter in einem kleinen Stübchen langsam dahin. Mühsam hat sich die früh vermittelte, jetzt 79-jährige, seit langen Jahren von einer Nervenlähmung betroffene Frau durchs Leben geschlagen, bis ihre Tochter den Lebensunterhalt für beide erwerben konnte. Nun ist auch die Tochter an schwerer Nervenlähmung erkrankt und soll von der Landesversicherungsanstalt versichert werden. Dort liegen beinahe täglich viele Meldungen vor. Vielleicht vergehen Monate bis sie an der Reihe ist. Bis dahin heißt es eine Hungerkur durchmachen. Alle 3 Tage schreibt unsere Berichterstatterin, bringt eine Pflegeheimleiterin eine Quälernachtzeit! Der Stolz der an eigener Kraft Gewöhnten hat die beiden Menschen bisher davon abgehalten, öffentliche Hilfe zu beanspruchen.

Mit der Sehnsucht nach Heilung verbindet sich bei der Tochter die quälende Sorge, was aus der Mutter werden soll, wenn sie erst fort ist. Es ist so traurig, eine alte Mutter, die einmal selbst gesorgt hat, dorben lassen zu müssen. Wer hilft diesen beiden Frauen über die schwerste Zeit hinweg? Die Vorwärtsredaktion ist gern bereit, Unterstützungen weiter zu leisten.

Unzureichende Armenunterstützung.

Vor uns steht ein Krüppel, der sich nur mit Hilfe von zwei Stöcken vorwärts bewegen kann, weil ein Fuß gelähmt ist. Er ist in unsere Redaktion gekommen, um folgende Klagen vorzubringen: Ich habe kein Arbeitseinkommen, muß aber 50 Mark Miete monatlich zahlen, die ich nicht aufbringen kann. Für den Monat Juli erhielt ich vom Vorsteher der Armenkommission 130a 40 Mark. Am 15. Juli war ich wieder dort und erhielt auch auf meine Vorstellungen noch 15 Mark. Ferner empfing ich am 1. August 25 Mark mit der Weisung, daß ich schon 15 Mark erhalten hätte. Nun wandte ich mich an das Bezirksamt (Armenverwaltung), um hier um die mir zur Miete fehlenden 25 Mark zu bitten. Mir wurde erwidert, daß ich mich an den Vorsteher der obengenannten Armenkommission wenden möge. Dieser hatte mich aber vorher schon abgewiesen. Was soll ich tun? Arbeiten kann ich nicht, irgendeine Rente erhalte ich auch nicht, weil für mich Anrechte auf Invaliditäts- und Altersrente nicht bestanden haben. Mir bleibt nur übrig, betteln zu gehen. So der Krüppel.

Sollte es nicht möglich sein, für solche der Unterstützung dringend bedürftige Arme etwas mehr zu bewilligen?

Die Goldrubel im Lycker See.

Ein verurteiltes Verbrechen.

Eine geheimnisvolle Geschichte, die zur Verhaftung eines Mannes unter dem dringenden Verdacht des Mordversuchs führte, beschäftigt neuerdings die Kriminalpolizei.

Die Polizei erhielt von einem in Neudöan wohnhaften Kaufmann die Mitteilung, daß ein angeblicher Robert Wagner, mit dem er in schriftlicher Geschäftsverbindung gestanden hatte, ihm vorgeschlagen hätte, mit ihm gemeinsam eine russische Regimentskasse zu heben, die in einem See bei Lyda an einer Stelle, die er genau kenne, verknallt worden sei. Diese Kasse enthalte nicht weniger als 16 000 russische Goldrubel und mehrere tausend Silbererubel. Sie sei dort bei den Kämpfen im Jahre 1914 von einem russischen Offizier, der später in Gefangenschaft getötet, verknallt worden. Dieser Offizier hätte ihn beauftragt, die Kasse zu heben und einen bestimmten Teil des Geldes für ihn auf eine Bank zu überweisen. Er selbst solle als Unterpfand dafür, daß er das Geheimnis bewahrt und sich nicht mit einer Polizeistelle in Verbindung setze, einen Koffer mit 100 000 R. auf dem Bahnhof in Lyda hinterlegen. Der Kaufmann wurde nun von der Polizei beauftragt, zum Schein auf den Vorschlag seines Geschäftsfreundes einzugehen. Zu seiner Sicherheit führten einige Beamten mit ihm nach Königsberg, wo sich der Kaufmann mit dem angeblichen Wagner treffen sollte. Von dort fuhrn beide, heimlich von den Beamten gefolgt, nach Lyda. In Lyda wurde der Koffer deponiert, und nun erklärte der angebliche Wagner, daß sie, um an den See zu gelangen, einen 20 Kilometer weiten Weg durch den Wald antreten müßten. Er schlug ihm vor, sich mit ihm abends auf den Weg zu machen, damit sie morgens in aller Frühe an Ort und Stelle wären. Jetzt griffen die Beamten ein. Sie hatten den angeblichen Wagner beobachtet, wie er sich eine Pistole, ein Stemmleisen, einen Dolch und eine starke Schnur besorgt hatte, Gegenstände, die weniger geeignet erschienen, den angeblichen Kaufmann umzubringen. Der angebliche Wagner wurde festgenommen. Bei keinem Verhör gab er an, nicht Wagner zu heißen, sondern ein Antendanturverwalter Gerhard von Radziejewski zu sein. Er blieb auch dabei, daß er tatsächlich beabsichtigt habe, mit dem Neudöaner Kaufmann die Kassenkasse zu heben.

Um völlige Aufklärung zu schaffen, suchten die Beamten den See an verschiedenen Stellen ab, fanden aber nichts. Endlich meinte o. Radziejewski, daß diese inzwischen von einem anderen Manne bereits gefunden sein müsse. Es wird jedoch angenommen, daß alle seine Erzählungen erfunden und er es nur auf die Ermordung des Neudöaner Kaufmanns abgesehen habe, um sich in den Besitz des deponierten Koffers zu setzen. Unter diesem Verdacht wurde er auch in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Wieder Leichenteilsfunde.

Ein Hund von Leichenteilen, der ohne Zweifel mit einem früheren Hunde zusammenhängt, beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Es liegt ihm ohne Zweifel ein Verbrechen zugrunde, das bisher nicht aufgeklärt werden konnte. Am 12. Mai d. J. wurde, wie damals berichtet wurde, an der Köpenicker Brücke im Pultenstädtischen Kanal ein menschliches Bein angeschwemmt und gelandet. Es ließ sich nicht feststellen, ob es von einem Mann oder von einer Frau herrührt. Gestern hat man nun an derselben Stelle zunächst einen Unterschenkel und ein Stück eines Rückgrates im Wasser gefunden. Der Schleusenwärter veranstaltete daraufhin weitere Nachforschungen und förderte im Laufe des Tages noch einen Ober- und einen Unterschenkelknochen, zwei Unterarme, einen Fuß und endlich ein Stück, das vom Becken herzurühren scheint, ans Licht. Die vorläufige Besichtigung auch dieser Körperteile ließ noch nicht erkennen, ob es sich um einen Mann oder eine Frau handelt. Der Bewußtseinszustand der Körperteile, die alle nach dem Schauhause gebracht wurden, läßt darauf schließen, daß sie zu dem früher gefundenen Beine gehören. Wie die Zerstückelung vor sich gegangen ist, kann erst eine genaue Untersuchung feststellen. Daß sie durch Dampfschrauben erfolgt sein sollte, ist kaum anzunehmen. Wahrscheinlich ist der Körper an einer noch unbekanntem Nordstelle zerstückelt und in irgendeiner Verpackung, die sich im Laufe der Zeit im Wasser gelöst hat, in den Kanal geworfen worden.

Doppelselfmord im Hotel. In einem Hotel am Unhalter Bahnhof vergifteten sich gestern abend der 24 Jahre alte Registrator Heidon, der als Chambergarist in der Reichstraße wohnt, und seine Braut Luise Kochow aus Wilmsdorf mit Sublimat. Das Hotelpersonal rief scheinunglos einen Arzt herbei, der bei der Kochow

nur noch den Tod feststellen konnte. Helton gab noch Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Elisabethkrankenhaus geschafft. Nach einem hinterlassenen Briefe, den Helton bereits am 3. August geschrieben hatte, haben die Folgen seines leichtsinnigen Lebenswandels ihn zu dem Schritt getrieben.

Im Stecht erschossen. Im Restaurant von Simon, Stettiner Straße 19, das schon mehrmals wegen Glücksspiels ausgehoben worden war, wurde der 33 Jahre alte Kellner Paul Römer, Grünthaler Straße 88, erschossen, der Klemper Karl Karfcher, Stettiner Straße 18, durch einen Kesselfuß leicht verletzt. Als mutmaßlicher Täter kommt der 27-jährige Paul Kiehnel, Freienwalder Straße, in Frage. Der Grund der Tat ist darin zu suchen, daß Kiehnel beim Spiel viel Geld verlor und aus Wut den Römer niederschloß und Karfcher ver wundete. Kiehnel ist flüchtig. — Im Streit erschossen wurde in der vergangenen Nacht der Zigarrenhändler Roca aus der Widterfelder Straße 26 zu Steglitz von dem Billensbesitzer Hein, der in der Bahnstraße 5 zu Steglitz wohnt. Roca und Hein spielten mit anderen Gästen in einer Wirtschaft. Hierbei kam es zu einem Wortwechsel, weil nach Zeugnisaussagen Roca den Hein einen unfairen Spieler genannt haben soll. Der Streit setzte sich auf der Straße fort und artete in Tötlichkeiten aus. In der Ecke der Widterfelder Straße zog Hein ein Messer und stieß es seinem Gegner in die Brust. Der Stich traf das Herz und Roca brach auf der Stelle tot zusammen. Hein wurde verhaftet und nach der Rathsaussache gebracht.

Zeugen gesucht! Es wird gebeten, daß sich diejenigen Personen melden, die den Zusammenstoß zwischen einem Droschkencauto Nr. 1a 7695 und einem Radfahrer am Freitag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, am Kronprinzenufer, Ecke Roonstr. (an der Karlsbrücke) gesehen haben. Der verletzte Radfahrer wurde im bewußtlosen Zustande von demselben Auto nach der Charite geschafft. Besonders wird um die Adresse des Mannes, der mit seinem Rade hinter dem Verletzten am Kronprinzenufer entlang fuhr, gebeten. Es wird ersucht, sich zu melden bei Friedrich Ernst, R.W., Perleberger Straße 49 II, oder Transportarbeiterverband, Engelauer 14/15, Zimmer 31.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt mit einzelnen leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 18. Kreis. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Gump, Weißensee, Rixdörfer Str. 3. Schilling Anzeigeneröffnung.
 - 4. Wkt. Heute abend 7 1/2 Uhr: Sitzung der Vertrauensleute und Begleitheiler bei Müller, Steinhilberstr. 50.
 - 26. Wkt. Dienstag abend 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Adlers Hofstr. 24. Thema: "Wismar und Berlin". Red. Dr. Schütte.
 - 30. Wkt. Heute abend 7 1/2 Uhr: Funktionärsversammlung bei Berger, Dorotheenstraße 20. Thema: "Gewerkschaften, Arbeiter und Sozialisten in Preußen".
 - 131. Wkt. Arbeiterkassen. Die Mitgliederversammlung findet diesmal ausnahmsweise am Freitag, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr, im "Militärsport", Müller-Weißenseestraße, statt.
 - 141. Wkt. Rosenhof. Dienstag abend 8 Uhr bei Reuser, Meteorstr. 7: Funktionärsversammlung.
- Romane. Mittwoch, den 10. August, abends 8 Uhr, im Restaurant "Thalia-Café", Lindenstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Zeitungs-Kommission. 2. Unser neues Parteiprogramm. Gäste willkommen.

Sport.

Rennen zu Karlsruh, Sonntag, den 7. August. Das „Große Berliner Jagdrennen“ endet mit einer anständigen Ueberholung, da Jean Bernabius Corlar, Steinberger und Sibotta leicht abfertigte. **Vegetarien-Jagdrennen** (35 000 M., 3400 Meter). 1. Kullitz (Gardler), 2. Blomier (v. Schneider), 3. Votella (Voronst). Tot. 26:10. Pl. 12, 14, 15:10. **Jerner Rennen: Scilla** (4), **Herzog II**, **Grasmus**, **Sturmschwalbe**. — **Ermenterungs-Jagdrennen** von **Stuten** (20 000 M., 3000 Meter). 1. Mini (H. Kubitz), 2. Varus II (Zentpel), 3. Range (v. Keller). Tot. 119:10. Pl. 41, 44, 59:10. **Jerner Rennen: Prötung** (4), **Dulnte** (angeb.), **Germa** (gef.), **Luthi**, **Valeria**, **Belaraba**. — **Schön-Hilber Jagdrennen** (30 000 M., 3700 Meter). 1. Barbar (v. Keller), 2. Verus (v. Keller), 3. Coriolan II (v. Kiederich). Tot. 25:10. Pl. 12, 12:10. **Jerner Rennen: Karaula**, **Saman**, **Gero**. — **Großes Berliner Jagdrennen** (Ehrenpreis und 100 000 M., 5000 Meter). 1. Gofar (Wurt), 2. Steinberger (Arb. v. Dersch), 3. Sigebald (Weig). Tot. 129:10. Pl. 30, 17, 37:10. **Jerner Rennen: Dumbing** (4), **Wormalata** (angeb.), **Wiedermann II**, **Ortman**, **Schlöglmünz**. — **Preis von Neuenbagen** (16 000 M., 1600 Meter). 1. Jänder (v. Keller), 2. Reiterin (Arb. v. Dersch), 3. Veania (Maler). Tot. 34:10. Pl. 15, 18, 16:10. **Jerner Rennen: Klaffel** (4), **Wenig**, **Schafal**, **Kiefer**, **Reinhold**, **Vaula**. — **Erlen-**

Jagdrennen (20 000 M., 3400 Meter). 1. Heribert (v. Penick), 2. Karolan (v. Keller), 3. Karfcher (Königlein). Tot. 21:10. Pl. 15, 22:10. **Jerner Rennen: Sid** (gef.), **Wacogheim** (angeb.), **Ehrentant** (Bliesleben). — **Ermenterungs-Jagdrennen** der **Hengste** (20 000 M., 2800 Meter). 1. Trompeter II (Blömer), 2. Sartas (Bl. Bewick), 3. Landmann (Kommagich). Tot. 72:10. Pl. 19, 12:10. **Jerner Rennen: Snob** (4), **Sarotro**, **Palmond**.

Die Radrennen in Tretow erfreuten sich wieder eines recht guten Besuchs. Das Hauptrennen über 50 Kilometer um den Goldpokal war eine sichere Sache für Lewanow; er gewann den ersten Preis während vom Start bis durch Ziel in 46 Min. 7 1/2. Sel. vor Samal 300, Stelbrint 18:30 und Bordon (Klassen) 2970 Meter zurück. Ein darauffolgendes Dauerrennen über 30 Kilometer brachte der wieder recht macker fahrende Stelbrint in 18 Min. 33 1/2, Sel. auf sein Konto. Samal blieb 10, Vorbon 300 und Lewanow (Kotorschaden) 2090 Meter zurück. — Die **Flieger** bestritten ein Vorgabe- und ein hart belegtes Stunden-Rennen. Im Stundenrennen kam es leider zu einem recht bösen Sturz: Abraham, im Begriff zum Spurt überzugehen, konnte zu Fall und über ihn hinweg stürzte Votellisch. Beide Fahrer erlitten neben Quetschungen größere Kopfverletzungen und mußten nach blutend von der Bahn getragen werden. Das lange Rennen gewann Dahn mit 39 Punkten vor Reinas 28, Kapf 28, Otto Nieß 23 und Schulz 19 Punkten. Im Vorgabefahren teilten die schwächeren Fahrer sich die Siegelpreise. Zimmermann mit 75 Meter Vorgabe wurde Erster vor Amort 60, Schulz 55, Kendebacher 35 und Diepel 40 Meter Vorgabe.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf gegen das Trinkgeld.

Die Trinkgeldfrage, welche die Gastwirtschaftsgehilfen schon in einer Nachtversammlung beschäftigt hat, war am Sonnabend Gegenstand einer Versammlung aller Betriebsräte und Vertrauensleute der Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe. Burde kam als erster Redner auf die Vorgänge in der bewegten Nachtversammlung zurück, in der die vom Kollegen Saar eingebrachte Resolution, die restlose Abschaffung des Trinkgeldes und Einföhrung fester Entlohnung verlangt, leider nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden konnte, weil die entstandene Unruhe den vorzeitigen Schluß der Versammlung veranlaßte. Seiner Meinung nach sei die Störung durch gewisse Elemente absichtlich herbeigeführt worden. In seinen weiteren Ausführungen trat der Redner energisch für die Forderungen der Resolution ein.

An der Aussprache beteiligten sich vornehmlich Weiditz, Resche, Bloch, Döfler, Richter (vom Vorstand des Zentralverbandes), Bieleke, Walter, Schielle und Saar. Die in einem Artikel der bürgerlichen Presse über die Trinkgeldfrage veröffentlichten Behauptungen wurden als gänzlich unzutreffend zurückgewiesen. Danach fand die Anregung, mit der sozialistischen Presse in enger Fühlung zu bleiben, und durch diese Aufklärung zu schaffen, allseitig Beifall. Der bürgerlichen Presse müsse erwidert werden, daß der Kellner Trinkgeld nehme, weil der Unternehmer keinen auskömmlichen Lohn zahlen wolle. In aller Deffentlichkeit müsse gezeigt werden, daß die Gastwirtschaftsgehilfen ihre Forderung energisch vertreten und sich aus ihrer sozialen Lage emporschreben ernstlich willens sind. Die Provinz blide auf Berlin, das führend vorzugehen müsse.

Die Versammlung, welche bis zum Schluß einen harmonischen Verlauf nahm, stimmte mit allen gegen 23 Stimmen der Annahme folgender Resolution zu:

„Der Vorstand der Ortsverwaltung des Verbandes wird beauftragt, zur geeigneten Zeit eine Aktion einzuleiten, die den Beweis erbringen soll, daß die Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe jede Annahme von Trinkgeldern verweigern werden und daß lediglich die unangenehme Bezahlung die Ursache für die Annahme von Trinkgeld ist. Gleichzeitigkeit mit der Verweigerung muß eine angemessene Erhöhung der Löhne, event. ohne Rücksicht darauf, ob der Tarifvertrag abgelaufen ist, erfolgen. Das Ziel der jetzigen Lohnbewegung ist die Verhinderung einer Wiedereinföhrung des Trinkgeldes, bzw. die restlose Beseitigung desselben. Vom Vorstand sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erreichung dieses Zieles erforderlich werden.“

Vertreterversammlung der Eisenbahnbeamten.

Am 3. August 1921 fand die Vertreterversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Direktionsbezirk Berlin, im Restaurant „Schultheiß“, Berlin, Neue Jacobstraße 24/25, statt. Der 1. Vorsitzende gab in seinem Geschäftsberichte einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vorstandes. Er streifte alle

wichtigen Fragen (Beibehaltung des Achtstundentages, bevorstehende Aktion in Anbetracht der Teuerung und Geldentwertung), welche die gesamte Arbeitnehmererschaft, insbesondere die Eisenbahnbeamten interessieren.

Das Wirtschafts- und Arbeitsprogramm der Reichsgewerkschaft, die Uebernahme der Einkaufsgenossenschaft der Reichsgewerkschaft Deutscher Lokomotivführer durch die Reichsgewerkschaft. Er wies auf die Notwendigkeit der Arbeitgemeinschaft des Deutschen Beamtenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unter Wahrung der Selbständigkeit als Beamtenorganisation hin. Zusammenfassung der gesamten Eisenbahnbeamtenerschaft zu einer Gewerkschaft auf politisch neutraler Grundlage, um die alten Rechte der Beamten zu wahren und durch zielbewusste Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine größere Zahl von Anträgen forderte die Erhöhung der Gehälter und Löhne in Anbetracht der immer weiter steigenden Preise für Lebensmittel, Bedarfsartikel usw. Außerdem wurden noch Organisations- und Tagesfragen besprochen.

Die freien Gewerkschaften marschieren.

Anlässlich der am Mittwoch, den 3. August 1921, vor dem Schlichtungsausschuss München stattgefundenen Verhandlungen über Lohnherhöhung im Münchener Großhandel machte der Arbeitgeber-Syndikus Dr. Engel interessante Feststellungen auf Grund genauer Unterlagen über die Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeitnehmer im Großhandel, die insbesondere für die freigeberkschaftliche Arbeitnehmerbewegung ein erfreuliches Bild aufzeigten. Er stellte fest, daß im Großhandel 320 Betriebe mit rund 3000 Arbeitnehmern (laufmännische Angestellte) in Frage kommen, wovon 800 dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, 900 dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (Hirsch-Duncker'sche Richtung) und rund 1300 dem Zentralverband der Angestellten angehören. Die großsprecherischen Töne des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten sind damit sogar aus dem Munde eines Arbeitgebervertreters widerlegt. Wenn auch die Hakenkreuzesfrauen und Ritter mit allen möglichen Lügen und Verdrehungsfünsten gegen die freigeberkschaftlichen Organisationen unter Verwendung von ungeheuren Geldmitteln arbeiten, so steht doch nach jeder Richtung hin einwandfrei fest, daß die freigeberkschaftliche Idee nunmehr auch in den Kreisen der Angestellten in überwiegend hoher Föhrung hat und immer weiter schreitet trotz aller gegenteiligen Behauptungen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 29. Juli 1 780 000 oder 85 650 weniger als in der Woche vorigen Jahres.

Golzarbeiter-Verband, Klavierarbeiter. Dienstag, d. 9., abends 7 Uhr: Brandversammlung, Andreas-Heide, Andreasstraße 21. Tagesordnung: Beschlußfassung über das Ergebnis der Verhandlungen. Die für Dienstag abend im Reichsberger Hof vorgesehene Vertrauensmänner-Versammlung findet nicht statt. Die Brandversammlung.

Verantw. für den textl. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Hermann-Berling & Co., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
1 zu 5000 M 19995	1 zu 1000 M 147038	1 zu 200 M 102196
2 zu 3000 M 147038	1 zu 1000 M 239121	1 zu 200 M 95886
3 zu 1000 M 239121	1 zu 500 M 95886	1 zu 200 M 18574
4 zu 500 M 95886	1 zu 200 M 18574	1 zu 100 M 24614

Die Ziehung der 2. Klasse beginnt am 30. August 1921.

Leineweber

Berlin Kölnischer Fischmarkt 4:6

In eigenen Werkstätten hergestellt, daher billig und doch solide!

Fertig am Lager:

Einsegnungs-Anzüge

Blau Cheviot zweifelhige Form . . . M. 320.—	Blau Cheviot ein- u. zweifelhige Form . . . M. 630.—
Melton Cheviot blau, ein- u. zweifelhige Form . . . M. 425.—	Blau Kammg.-Chev. ein- u. zweifelhige Form M. 680.—
Blau Cheviot einseitige Form . . . M. 575.—	Marengo Melton ein- u. zweifelhige Form . . . M. 700.—
Schwarz Cheviot einseitige Form M. 580.—	Schwarz Cheviot zweifelhige Form M. 810.—
Blau Melt.-Cheviot zweifelh. Form M. 590.—	Blau Kammg. Twill ein- und zweifelh. Form M. 1050.—

Besonders billiges Angebot in farbigen Jünglings-Anzügen . . . M. 245⁰⁰

Zum Schulbeginn: Billige Waschanzüge in Blusen- und Joppenform.

Metropo

Behrenstraße 54
7 1/2 Uhr:
4 Black Diamonds
Kaffe-Chor
Carmellat
und 8 weitere Schlager

Lombard-Haus

H. Gratz, Leipzig Str. 75 II
Höchste Belebung
Diskret., Reelle
Gehalts-
Kauf, Uhren,
Brillanten,
Schmucksachen.
10-50% unter Ladep.

Existenz

finden Sie durch Kontakt
erhalten, billigen Geschäften (auch
mit Wohnung). Vollständig
kostenlos Beratung und
Nachweis geeigneter Geschäfte durch
Klausenberg, Mittelstr. 22 (Wollgasse), 9-5 Uhr. Große
Auswahl namenhaft gutgehender Geschäfte jeder Branche.
Dumderie Referenzen vorliegend. Nur persönliche Auskunft.

Ringeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Band-eisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschienen und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Wilmannsplatz 13073. Ecke Voltairerstraße. Telephon 13073.

Allgemeine Orts-

trantantasse der Stadt
Berlin-Schöneberg

In der Vorstandswahlung vom
22. Juli ist Gewerkschaftsbeamter
Arthur Schult als Vor-
sitzender gewählt. [7/16]

Berlin-Schöneberg, 2. S. 1921.
Schult, Felix Schult,
Vorstandes. Schriftführer.

Ruhebetten

200 Mk.
gute Baracken, kein Postbetrieb

Girard, Neukölln,
Nagelgrabenstraße 2
Tel.: ReuSIn 1908.

Ziehung 18.—24. August

Wohlfahrts-
Geld-Lotterie
2671 Gewinne = Mark

1000 000
100 000
80 000
70 000

Lose à Mk. 8.— Porto u. Liste
Mk. 1,30 mehr
empfehlend und versendet

A. Christ. Koch, Bank
HAMBURG 23, Kibitzstr. 66
Postcheckkonto 38930

Verkäufe

Belhaus Friedrichstraße 2
(Halle/See Tor) verkauft
pottblilla Herrenanzüge,
Unterwäs., Mäntel, Schläper,
Josen. Keine Bombardiere.

Stammvererger! Kreu-
zläufe 75.—, Reißbüche 60.—,
an. Kleiderbüche, Schellbüche
(siehe alle anderen Verlären),
Prismen, alles zu bebru-
tend herabgepreist. Pottblilla-
gen Sommerpreisen. Keine
Bombardiere! Belhaus!
Worfbauer Straße 7. 1728

Werkzeugmaschinen, Druck-
maschinen, Sauger, Mäher, ge-
brauchte, neue, Pottblilla-
Schroeder, Poststraße 35.

Möbel

Chaiselongue 100.—, Chaiselongue
150.—, Rinderstuhlbett,
Weide, Kugelhübe, Ma. Quers-
gebäude. 1088

Chaiselongue 200.— bis
575.—, Umbauküchenschon,
Auflogmatrasen, Patent-
staken 100.—, Solier, Stier-
garberstühle schische.

Metallbetten 155.—, Polster-
auflagen, Korbmöbel, billige
Gelegenheiten. Ringler, Reu-
teln, Wefelstr. 112 I. 1848

Winkel-Becher, Stumm-
straße 7. Große Auswahl in
Röbeln jeder Art. Entlohn-
ung gestattet.

Kaufgesuche

Kaufmanns- Ein-
straße 19. 1498*

Spiralbohrer, Holzschrau-
ben, laut Holzgeräten, Eich-
tenberg, Weichselstraße 18.

Alberthmele Christian.
Klempner, 24 (gegenüber
Krausenstraße) tauf Zah-
gewehr, Zahnabfälle, Schmelz-
lösen, Glühbirnen, Glüh-
röhren, sämtliche Metalle. 1428

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft,
Franz Schm. Brömmel u. D.
Stargarderstraße 78.

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von Karl Radek:

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches (mit 6 Reproduktionen)	M. 2.— geb. M. 5.—
Theorie und Praxis der 2 1/2 Internationale . . .	M. 1.50
Die Masken sind gefallen (Eine Antwort an Crispian, Dittmann, Hillerding)	M. 1.50
Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolu- tionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?	M. 1.50 M. 2.50
Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands	geb. M. 5.—
Das Programm des sozialistischen Wirtschafts- aufbaues	M. 0.50
Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republic gegen das Weltkapital	M. 1.—
An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjet-Rußland	M. 0.50
Die innere u. äußere Lage Sowjet-Rußlands u. die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands .	M. 1.—
Der X. Kongreß der Kommunist. Partei Rußlands	M. 0.50

Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnley
Hamburg 11 3624b*